



Newsletter von Diana Golze
zu
bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Wochen vor der parlamentarischen Sommerpause hatten es noch einmal richtig in sich, viel Stoff für einen interessanten Newsletter. Zugleich steckt ganz Brandenburg in der Vorbereitung der Kommunalwahl. Gemeinsames Ziel aller demokratischen Parteien muss es sein, den Einzug von rechten Mandatsträgern in unsere Kommunalvertretungen zu verhindern! Wir sind gewarnt. In Sachsen ist die NPD in allen Kreistagen vertreten – das darf in Brandenburg nicht passieren! Wichtig dafür ist eine gute Wahlbeteiligung. DIE LINKE bietet dafür gute Wahlprogramme und viele Menschen, die sich zur Wahl stellen.

DIE LINKE wirkt, sowohl auf Bundesebene, als auch im Land Brandenburg, wie jüngst das Beispiel der Volksinitiative für ein Sozialticket bewiesen hat. Auch in den Kommunen ist eine starke LINKE Kraft notwendig, um weiter auf allen Ebenen für soziale Gerechtigkeit zu streiten. Freuen wir uns also auf einen spannenden Herbst!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Diana Golze

Von gefühlten Problemen und realer Politik

Das größte Problem von CDU/CSU und SPD ist nicht die wachsende Kinderarmut, die Arbeitslosigkeit oder die breiter werdende Kluft zwischen arm und reich, sondern die DIE LINKE. Besser gesagt eine starke LINKE, die sich im Westen etabliert und in Ostdeutschland nicht nur bei den Sonntagsfragen die Spitzenposition einnimmt. Auch die jüngsten Zahlen des Allensbach-Instituts sind eindeutig: Danach kommt DIE LINKE im Osten Deutschlands auf 31,6 Prozent. Die Regierungsparteien SPD und CDU folgen mit Abstand und erreichen Werte von 24,9 Prozent bzw. von 23,6 Prozent.

Die Vertreter der Regierungsparteien suchen die Gründe für diese Entwicklung überall, aber nicht in ihrer verfehlten Politik in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen, wie Arbeit, Bildung, Gesundheit und Soziales. So räumt der brandenburgische SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Danckert zwar ein, dass viele Menschen im Osten das Gefühl hätten, dass es im Lande nicht gerecht zugehe und die Linke „oft die richtigen Themen“ anspreche. Dann aber endet die Konsequenz in der Analyse und Danckert meint weiter: „Die LINKE hat keine oder nur falsche Antworten.“

Ebenfalls einen Exkurs in die vermutete Gefühlswelt der Wählerinnen und Wähler unternimmt die Potsdamer CDU-Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche. Sie erklärt die Erfolge der LINKEN so: Gerade im Osten seien viele Normalverdiener an die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit angelangt. Es gebe das weit verbreitete Gefühl, dass alles immer teurer wird und die Einkommen nicht entsprechend steigen. Nun, das Problem ist nicht das Gefühl von sozialer Ungerechtigkeit und drohender Armut, sondern die konkreten Alltagserfahrungen der Menschen. Die Löhne stagnieren trotz wirtschaftlicher Aufhellung und im Juni betrug die Inflationsrate im Land Brandenburg nicht gefühlte, sondern reale 3,4 Prozent. Das ist der höchste Wert seit 14 Jahren.

Während Empfänger von Sozialleistungen schon seit Jahren auf eine inflationsbereinigte Anpassung ihrer Leistungen warten, müssen nun Berufstätige und Rentner den Verlust an Realeinkommen hinnehmen. Vor diesem Hintergrund ist die vollmundig angekündigte Rentenerhöhung von 1,1 Prozent zum 1. Juli dieses Jahres lediglich ein PR-Gag der Merkel-Steinmeier-Regierung. Bei einer Teuerungsrate von 3,4 Prozent können sich die Rentnerinnen und Rentner in Brandenburg über eine Wohltat der Regierung freuen, die ihnen einen Kaufkraftverlust von 2,3 Prozent beschert. Diese Manöver können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine klare Alternative zur derzeitigen Politik gibt. Diese Alternative wird von der LINKEN offensiv vertreten und findet immer mehr Zustimmung.

SPD bekämpft die Kinderarmut, die sie selbst verursacht hat

Die SPD ist orientierungslos: Außerhalb des Parlaments will sie die Kinderarmut bekämpfen, innerhalb stimmt sie dagegen. Nachdem sie seit fast zehn Jahren vor allem etwas für Kinderarmut getan hat, möchte sie nun endlich mal etwas dagegen tun. Dass sie dabei Forderungen DER LINKEN aufgreift, ist zu begrüßen. Die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze, insbesondere für Kinder, die Erhöhung des Kinderzuschlags und des Kindergelds sind zusammen mit dem Ausbau einer gebührenfreien Kinderbetreuung wichtige Instrumente. Ein gesetzlicher Mindestlohn gehört dazu, damit Familien nicht trotz Erwerbstätigkeit in Armut leben müssen.

10 Jahre gelebte Toleranz

Ich gratuliere dem Belziger Forum zum 10jährigen Bestehen – zu 10 Jahren gelebter Toleranz, kultureller Vielfalt und Weltoffenheit. Mit ihrer täglichen Arbeit und ihren vielseitigen Projekten setzt das Belziger Forum ein Zeichen für eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern bereichern. Dieses Anliegen ist nicht überall Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen, so wie es das Belziger Forum praktiziert, bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit in der Region Belgig für Menschenrechte und Toleranz steht. Gerade, wenn Menschen vor Ort gegen Fremdenfeindlichkeit klare Positionen beziehen und sich dafür stark machen, dass Ausgrenzung und Gewalt in Brandenburg und in Deutschland nicht länger geduldet werden, dann setzen sie ein wichtiges Zeichen und ermutigen andere. Ich würde mich freuen, wenn ich in 10 Jahren dem Belziger Forum zu 20 Jahren guter Arbeit gratulieren darf.



Cook & Talk

Jugendlich interessieren sich nicht für Politik! Denkste, dass Gegenteil wurde bei „Berlin 08 – dem Festival für junge Politik“ bewiesen. Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Kinderkommission, kochte und diskutierte gemeinsam mit Jugendlichen. Statt viele Köche verderben den Brei gab es eine basisdemokratische Kochlektion mit der richtigen Würze. Es kam über die vollen Teller hinweg zum Austausch über den Alltag des demokratischen Handelns. Das Konzept: Jugendlichen Politik als Erlebnis präsentieren. Ausbildung, Arbeit und Gesellschaft waren ebenso Themen wie Demokratie, Europa und Umwelt. Der Wunsch der Jugendlichen nach mehr Beteiligung stand im Vordergrund von Berlin 08. „Jugendliche haben das Recht, über Entscheidungen, die sie betreffen mit zu bestimmen.“

Die Flucht der Mitglieder

Über Jahrzehnte war die einst so stolze SPD mit ca. 950.000 Mitgliedern die stärkste Partei in Deutschland. Der Vorsprung vor den anderen Parteien war deutlich. Anfang der 90er Jahre hatte sie ca. 300.000 Mitglieder mehr als die zweite Volkspartei.

Seit dem geht die Entwicklung für die SPD nach unten. Dank einer immer stärker werdenden Partei DIE LINKE, zahlreicher interner Querelen, einem blassen Vorsitzenden, dem Verlust der Glaubwürdigkeit und null Profil (Forderungen anderer Parteien zu propagieren ist kein eigenes Profil) schrumpft die Mitgliederzahl rasant.

Seit 1990 hat die SPD 409.000 Mitglieder verloren. Bei der CDU betrug der Mitgliederschwund im gleichen Zeitraum "nur" 250.000. Ende Mai 2008 hatte die SPD noch 531 737 Mitglieder, nur 438 mehr als die CDU. Dieser minimale Vorsprung ist bald aufgebraucht.

Laut einer Mitgliederumfrage hat jedes Dritte SPD-Mitglied in den letzten Wochen über einen Austritt nachgedacht. Außerdem haben ca. 6 Prozent vor, die Partei in Kürze zu verlassen.

Hartz IV: Intellektueller Sondermüll des Deutschen Bundestages

Die Konferenz des kommunalpolitischen forums (kf) am 21.06.2008 in Potsdam bestätigte einmal mehr, nicht nur das Gesetz ist handwerklicher Murks, auch die Umsetzung durch die Argen/Jobcenter ist völlig unzureichend, fragwürdig und wie etliche Urteile von Landes- und Bundessozialgericht belegen, auch gesetzwidrig. Verschiedene Projekte mit Lohnkombinationen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Integration in Arbeit mit dem Hartz-IV-Gesetz mehrheitlich gescheitert ist. Betroffene sollten ihre Rechte kennen, um sie durchzusetzen. DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat eine Broschüre, „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ herausgegeben.

Sie ist erhältlich unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7773903327.pdf>

LINKE will Altanschießer entlasten

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg setzt sich auf parlamentarischem Weg dafür ein, Altanschießer von Herstellungsbeiträgen für Wasser- und Abwasserinvestitionen zu entlasten. Mit dem Zweiten Gesetz zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben änderte die SPD-CDU-Koalition 2003/2004 das Kommunalabgabengesetz, um Beitragsausfälle bei den Wasser- und Abwasserverbänden zu verhindern. Damit wurde die Grundlage geschaffen, dass bereits verjährte Forderungen für Herstellungsbeiträge von Wasser- und Abwasserinvestitionen weiter bestehen und auch heute noch geltend gemacht werden können und auch müssen. Betroffen von dieser Regelung sind neben Eigenheimbesitzern auch Wohnungsunternehmen, die zum Teil mit Forderungen in Millionenhöhe konfrontiert werden. Die LINKE will mit der Gesetzesänderung erreichen, dass die bis Ende 2003 verjährten Forderungen durch eine gesetzliche Stichtagsregelung als endgültig verjährt betrachtet und die betroffenen Altanschießer entlasten werden.



Neue Regelsätze

Seit 01. Juli 2008 erhalten leistungsberechtigte Brandenburger geringfügig höhere Sozialhilfeleistungen. Künftig beträgt der Regelsatz 351 Euro statt bisher 347 Euro; die Regelsätze für weitere Angehörige des Haushalts erhöhen sich um jeweils drei Euro auf 211 Euro für Kinder bis 14 Jahre beziehungsweise auf 281 Euro ab 14 Jahre. Diese Erhöhung ist keineswegs armutsfest. Darum wird DIE LINKE auch weiterhin für die Mindestforderung von zunächst 430 Euro kämpfen.

Kostenkummer mit der BA-Service Nummer

DIE LINKE im Bundestag fordert in ihrem Antrag ([16/9097](#)), dass der Telefonservice der Bundesagentur für Arbeit (BA) gebührenfrei wird. Es ist nicht akzeptabel, dass Arbeitssuchende mit einer Gebühr von 3,9 Cent pro Minute belastet werden. Erfreulicherweise bietet die BA eine telefonische Beratung an, wobei insgesamt 58 Service-Center Bürgeranfragen entgegennehmen. Damit werden die Agenturen vor Ort erheblich entlastet. Bedauerlicherweise werden die „Kunden“ der Bundesagentur durch eine Gebühr von 3,9 Cent pro Minute für die kostenpflichtige 01801-Nummer erheblich belastet. Erschreckend ist die Begründung der Bundesregierung, warum keine kostenfreie Verbindungsart eingerichtet wurde. Diese beruhe „ein erhöhtes Kostenrisiko, da die Anrufer auf die Gesprächsdauer keine Rücksicht nehmen müssten.“ Zum Vergleich: Die Deutsche Rentenversicherung bietet eine kostenfreie telefonische Beratung an. Es ist nicht einzusehen, dass ein solcher „Kunden“-Service bei der Rentenversicherung praktiziert werden kann, nicht aber bei der Bundesagentur für Arbeit. Daher fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, die Bundesagentur anzuweisen, dass die bisher kostenpflichtige bundesweite Service-Nummer in eine gebührenfreie Rufnummer umgewandelt wird.

Die Öffentlichkeit der Sitzungen

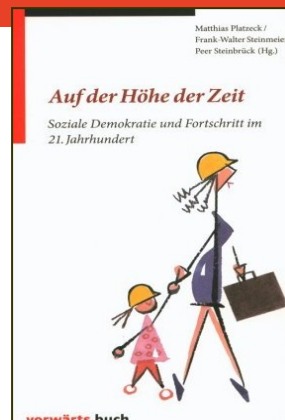
In Michendorf diskutierten MandatsträgerInnen der LINKEN Potsdam-Mittelmark über ein Thema, welches allen unter den Nägeln brennt – die Öffentlichkeit der Sitzungen. Grundlage dafür sind derzeit die §§ 6 und 44 der Gemeindeordnung. Demnach sind Tagungen von Kommunalvertretern grundsätzlich öffentlich – als Auswirkung des Demokratieprinzips. Es soll das kommunalpolitische Interesse der EinwohnerInnen geweckt und gefördert sowie die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Nur so können die BürgerInnen die Arbeit ihrer Vertreter verfolgen und beurteilen. Die Öffentlichkeit schützt das Interesse der Allgemeinheit – sie informiert und kontrolliert. Ein Verstoß hat die Nichtigkeit der gefassten Beschlüsse zur Folge. Unter bestimmten Umständen kann nichtöffentlich getagt werden, z.B. wenn das öffentliche Wohl als gefährdet gilt, oder berechnete Interessen Einzelner geschützt werden müssen. Öffentlich oder nicht? Eine schwierige Frage. Es muss bei jedem Einzelfall zwischen dem Grundsatz der Öffentlichkeit und den im Einzelfall vorliegenden Belangen des öffentlichen Wohls oder der berechtigten Interessen Einzelner abgewogen werden. Hier bietet die Kommunalverfassung – die nach der Wahl in Kraft tritt – neue Möglichkeiten. Die Hauptsatzungen müssen gem. § 141 Absatz 4 KVerf innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten an die neuen Regelungen angepasst werden. Die Rückkehr zur grundsätzlichen Öffentlichkeit der Sitzungen, geregelt in den Hauptsatzungen, ist möglich. Mit der neuen Kommunalverfassung hat man alle Argumente, die bisher in den Hauptsatzungen verankerten Ausschlussgründe zu überarbeiten, auf seiner Seite.

Wie weht der Zeitgeist und wer bekommt Gegenwind?

Manchmal bläst der Zeitgeist kräftig von vorn. Und die Sozialdemokratie spürt das. So wie sie sich abduckt, fallen auch ihre Umfragewerte. Der Zeitgeist ist links, und die SPD hat Gegenwind. Aber das lässt drei sozialdemokratische Frontmänner – Platzeck, Steinbrück und Steinmeier – nicht verdrießen. Sie schreiben ein Buch, besser, sie geben ihre Namen für ein Sammelsurium sozialdemokratischer Absichtserklärungen her. Damit meint man, konzeptionelles Profil zu zeigen. Das wäre sicherlich nötig. Aber das Gegenteil sieht man beim Durchblättern der 340 Seiten.

Nach dem kurzen Medienrummel ist das Buch, bei dem sich wahrhaftige sozialdemokratische Vordenker im Grabe rumdrehen würden, wieder in der Versenkung verschwunden. Bibliothekare aus Brandenburg, wenn sie nicht gerade vor der Schließung ihrer Bibliothek stehen, werden es gewiss ordentlich katalogisieren, dann ablegen und (vergebens) auf die Leserschaft warten, die sozialdemokratische Vordenker in Reinkultur genießen wollen. Vordenker? Müsste nicht der Kurt Beck dabei sein. Nein, den haben die drei einfach draußen gelassen. Alles ist und wird gut! Wir machen alles richtig! Wir sind besser als die anderen! Wir waren, sind und wir bleiben auf der „Höhe der Zeit“! So die selbstherrliche Einleitung der Parteivize Steinmeier und Steinbrück unter Hilfestellung des zurückgetretenen SPD-Vorsitzenden Platzeck.

Im letzten Kapitel geht es um die „Zukunft der sozialen Demokratie“. Jetzt wird der geneigte Leser hellhörig. Leider wird keines der einzelnen Essays der gewaltigen Überschrift gerecht. Es wird über Freiheit, mehr Demokratie und mehr Teilhabe geschrieben. Der starke Staat ist ein Thema ebenso wie direkte Demokratie, Ehrenamt und Kultur. Aber auf „die Begriffe kommt es am Ende nicht an, sondern auf konkrete Ergebnisse für konkrete Menschen“, erklärt uns Matthias Platzeck in seinem Abschlussessay. Die SPD müsse im veränderten Parteiensystem mit „Selbstbewusstsein und Souveränität“ agieren und dürfe nicht die Deutungshoheit über das „was links ist?“ an die „krakeelenden Lafontainelinken“ verlieren. Wie steht es nun um die Zukunft der Sozialdemokratie? Das Entstehen der Partei DIE LINKE war das Ende der „ostdeutschen Heimatpartei PDS“. Die „pragmatischen Kümmerer“ wurden durch hartgesottene westdeutsche Funktionäre ersetzt. Damit habe die SPD „neue Möglichkeiten und Perspektiven“. Die sinkenden Umfragewerte zeigen, Herr Platzeck, Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit. Der Zeitgeist ist sozial und solidarisch und das ist die SPD nicht. Wozu noch über dieses Buch hier reden? Ich denke, es ist gut, dass wir wissen, wo alles steht, welche Konzepte (und Phrasen) es in Teilen der SPD, den „Seeheimern“ und „Netzwerkern“, gibt. Und ich denke, wir sollten ab und zu reinschauen, wenn wir in den nächsten Monaten und Jahren im Wahlkampf sind und – auch – mit Sozialdemokraten ins Gespräch kommen werden, vielleicht auch ins Streitgespräch.



Mehr über mich und meine Arbeit finden Sie unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Impressum

Diana Golze (MdB)

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon: 030 – 227 72 329

Fax: 030 – 227 76 329

E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2

14 712 Rathenow

Fon : 0 33 85 / 49 45 21

Fax : 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter

<http://www.diana-golze.de/kontakt/>

+++ einige Termine im Juli +++

- **05. Juli** – Konferenz zur Armut bei Kindern und Jugendlichen, Potsdam-Hermannswerder, Beginn: 10:00 Uhr,
- **09. Juli** – Aktionstag für Menschen mit und ohne Behinderungen, Rathenow
- **12. Juli** – Nominierung der Kreistagskandidaten der havelländischen LINKEN Gaststätte Deutsches Haus in Dallgow-Döberitz von 10 bis 15 Uhr
- **14. Juli** – LINKE Konferenz: Leben und Leben lassen - für einen Tourismus, von dem alle profitieren, ASAM Hotel, Wittelsbacher Höhe 1, 94315 Straubing, Beginn 11:00 Uhr
- **15. Juli** – Nominierung der KandidatInnen für die SVV Rathenow im Foyer des Kulturzentrums Rathenow, Beginn 17:00 Uhr
- **19. Juli** – Jugendmusikfestival "Laut & Bunt" im Optikpark Rathenow von 14.00 bis 24.00 Uhr

+++ Spruch des Monats +++

„In der SPD wird mehr über uns geredet, als bei uns über die SPD.“

Gregor Gysi auf dem Fest der LINKEN